

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Markgräfler. 1924-1932 1930

17 (12.9.1930)

Der Markgräfler

Freie deutsche Zeitung für das schaffende Volk in Stadt und Land
Erscheint halbmonatlich. Durch jede Postzeitungsstelle zu beziehen. Vierteljährlich Mt. 1.50

Nr. 17

Lörrach, 12. September 1930

7. Jahr

Der Zug der Zeit

Von Wählerhaufen ist erfüllt
Die unbestimmte Stimmengasse,
Und keine Prophetie enthüllt,
Wohin sie strebt, die dumpfe Masse.

Und während es verworren schreit,
Rundfunk flugblattet hezt und quasselt,
Kommt der direkte Zug der Zeit
Mit schwerer Wucht herangerasselt.

Der asphaltierte Fahrdamm bebt
Von diesem Ungetüm erschüttert,
Und nach den Straßenrändern strebt
Sewu die Masse, wachgerüttelt.

Und jetzt ertönt das Führerwort:
„Rechts oder links, — Ihr Wählerscharen!
Nur schleunigst aus der Mitte fort, —
Wer Mitte wählt, wird überfahren!“

Zundelheiner

Youngplan und Tributlast

Von Dr. A. Graf Broddorff

3. Der Youngplan

(Fortsetzung aus Nr. 16)

Sommer 1928 war es offenkundig, daß der Dawesplan sich der Daweskrise näherte; daß der Zeitpunkt herannahe, da der Transferschutz einsehen mußte, wenn nicht ein Zusammenbruch der deutschen Währung die Tributzahlungen illusorisch machen sollte in nicht allzuferner Zeit. Beides wäre für den Feindbund recht unbequem gewesen. Anwendung des Transferschutzes hätte bedeutet, daß die Feindbundsstaaten zunächst nicht einen Pfennig Tribut erhalten hätten; und ein Währungszusammenbruch hätte die Tribute außerordentlich vermindert. Für den Feindbund galt es daher, ein neues System zu schaffen. Die Daweskrise mußte nach menschlichem Ermessen auch die Aufrollung des ganzen Dawesystems, vielleicht sogar eine Abkehr von der Erfüllungspolitik in Deutschland bringen. Der Dawesplan bezeichnete sich ja als Versuch und sagte nichts über die Anrechnung der Daweszahlungen oder über die Tributhöhe. Die Daweskrise wäre für Deutschland der richtige Zeitpunkt gewesen, um auf die Unmöglichkeit des Dawesplans und die Vorgeschichte der ganzen Tributerpresse hinzuweisen. Eine fähige deutsche Außenpolitik hätte in der Daweskrise die Gelegenheit gefunden, das ganze Tributsystem aufzurollen.

Deshalb wurde in Genf am 16. September 1928 ein Beschluß der Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs,

Großbritanniens, Italiens und Japans gefaßt, „das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zwecke eine Kommission von Finanzsachverständigen der sechs Regierungen einzusetzen“. Die Feindbundregierungen verhandelten hierauf untereinander und mit der Reparationskommission über die Kommission der Finanzsachverständigen. Das Ergebnis wurde von der deutschen Regierung vorgelegt und von dieser angenommen.

Auf eine unparteiische Kommission verzichtete das Deutsche Reich von vornherein. Der „Sachverständigenausschuß“, der am 11. Februar 1929 in Paris zusammentrat, hatte eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit feindbundlicher Vertrauensleute der Entente-regierungen. Die deutschen Delegierten wurden von der deutschen Regierung andauernd bearbeitet, nachzugeben und entgegenzukommen. Dementsprechend erblickte am 7. Juni 1929 ein Nachwerk das Tageslicht, das womöglich noch infamer und verlogener war, als der Dawesplan. Die Deutsche Regierung setzte sofort Propaganda und Terror ein, um das deutsche Volk zur Annahme zu bewegen. Die deutsche Regierung schloß über den Youngplan hinaus noch Verträge mit Feindbundmächten ab, die Deutschland weitere Milliarden kosteten. Sie setzte sich in der ersten Haager Konferenz vom August 1929 stürmisch für den Youngplan ein und bewilligte

Bild ausfüllen und unfrankiert in Ihren Post-Briefkasten
werfen, oder am Postschalter abgeben.

An das

Postamt

Hier

Wirkt
für unsere Sache!
Werbt
einen neuen Leser
für den „Markgräfler“!

Erscheinungsort: Vö r r a c h

Bestellzettel

Ich bestelle:

„Der Markgräfler“

Freie deutsche Zeitung für das schaffende Volk in Stadt und Land

für das Vierteljahr 193.....

Durch die Post vierteljährlich RM. 1.50

Vor- und Zuname.....

Beruf

Wohnort

Straße.....

in der zweiten Haager Konferenz Januar 1930 weitere Verschlechterungen. Am 12. und 13. März 1930 krönten Reichstag und Reichspräsident das Werk der Regierung durch Annahme und Unterschrift. Am 17. Mai 1930 ist der „Neue Plan“, wie der Youngplan in seiner noch verschlechterten Fassung mit seinen Nebenabkommen heißt, in Kraft getreten.

Der Youngplan fordert von Deutschland insgesamt 116 Milliarden Goldmark in der Zeit vom 1. September 1929 bis 31. März 1988. Zu den Grundzahlungen treten noch allerhand Zuschläge: ein Sondertribut an Belgien, Uebergangszahlungen, Kommissionskosten, Verwaltungskosten für die neugeschaffene Baseler Tributbank, Zins- und Tilgungsbeträge für die sogen. Dawesanleihe von 1924, die dem Feindbund zugute gekommen ist. Es ergibt sich für die ersten 36 Volljahre des Tributsystems (1. April 1930 bis 31. März 1966) eine jährliche Durchschnittszahlung von etwas unter 2300 Millionen Mark.

Die deutsche Auslandsverschuldung aus privaten Anleihen hat Mitte 1930 einen Stand von 9 Milliarden Mark langfristiger und 10 Milliarden Mark kurzfristiger Kredite erreicht; die jährliche Zinslast dafür beträgt etwa 1300 Millionen Mark. Um Tribute und Zinsen aus eigenen Wirtschaftsüberschüssen aufzubringen, würde Deutschland einen jährlichen Ausfuhrüberschuß von rund $2300 + 1300$ Millionen Mark = 3600 Millionen Mark erzielen müssen; das ist aus den oben angegebenen Gründen unmöglich. Die Frage ist nur, wie lange wir durch Pump und Ausverkauf die Tribute weiterzahlen können. Eine genauere Durchrechnung ergibt, daß wir für die nächsten zwei Jahre hoffen können, die Tribute aufzubringen, daß wir aber den nach menschlichem Ermessen unmöglichen Betrag von 30 Milliarden Goldmark für die ersten zehn Volljahre des Tributsystems nur bei einem Zusammentreffen unwahrscheinlich günstiger Umstände schaffen können. Die deutsche Auslandsverschuldung wächst mit Zins und Zinseszins an, während gleichzeitig das deutsche Volksvermögen durch Ausverkauf und Kapitalflucht sinkt. Die angebliche Gesamtziffer von 34 Milliarden Goldmark, welche die Youngplananhänger als „Gegenwartswert“ der Tributzahlungen errechnen, ist Schwindel. Durch die Neuverschuldung wächst die gesamte Belastung Deutschlands so rasch an, daß das gesamte deutsche Volksvermögen aufgezehrt sein würde, noch ehe die Tribute im Jahre 1966 ihren Höchststand erreichen mit 2428,8 Millionen Goldmark Grundzahlung für das Tributjahr 1965/66.

Die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands ist unter dem Youngplan in folgenden Punkten gegenüber dem Dawesplan verschlechtert:

1. Deutschland hat den Youngplan als vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage anerkannt. Die ganze Welt saßt dahin auf, daß Deutschland auf alle Einwendungen aus dem Vorfriedensvertrag vom 5. November 1918 usw. verzichtet, den Zusammenhang von Schuldlüge und Tribut als gelöst betrachtet und allen Revisionshoffnungen entsagt. Der französische Ministerpräsident Lardieu hat dies in der französischen Kammer sehr deutlich ausgesprochen. Der Dawesplan als Versuch war revidierbar, der Youngplan soll endgültig und unrevidierbar sein.

2. Der neue Tributplan enthält die sogen. Kommerzialisierung, d. h. die von Deutschland anerkannte Umwandlung der Tributschuld aus einer politischen in eine Handelschuld. Deutschland soll als betrügerischer Geschäftsmann dastehen, wenn es mit den Zahlungen in Rückstand kommt.

3. Ein Betrag von 660 Millionen Mark aus der jährlichen Tributzahlung wird „mobilisiert“, d. h. als Zins- und Tilgungsquote auf deutsche „Anleihen“ gezahlt, von denen wir nicht einen Pfennig erhalten, für die wir lediglich das Vergnügen haben, Zinsen und Tilgungsbeträge aufzubringen. D. h. die Neutrallen werden in die Tributfront gegen Deutschland einbezogen, da auch Neutralle die Tributverschreibungen kaufen und von uns Verzinsung und Rückzahlung verlangen werden.

4. Deutschland hat unnötigerweise die tatsächliche Garantie für die Zahlung der interalliierten Schulden übernommen, indem im Neuen Plan die deutschen Tributlasten mit den interalliierten Schulden verkoppelt wurden. Deutschland wird gegebenenfalls der Sündenbock für die Nichtbezahlung feindbündlicher Schulden an Amerika sein.

5. Deutschland hat nach dem Youngplan die gesamten Tributzahlungen auf eigene Verantwortung in Auslandswährung zu entrichten. Es muß daher entweder bei Eintritt der Tributkrise die deutsche Währung zusammenbrechen lassen, oder sich auf Gnade oder Ungnade der Macht oder der Bank verschreiben, die ihm Kredite zur Währungsstützung gibt.

6. Deutschland hat nach dem Youngplan dem Feindbund gegenüber die Verpflichtung übernommen, daß die Mark auf Goldwert bleibt. Sinkt unter dem Druck des Youngsystems die Mark, so wird das Deutschland als Verfehlung angekreidet.

7. Die nach dem Youngplan wegfallenden Kontrollinstanzen wie Reparationsagent, Eisenbahnkommissar usw. werden mehr wie ersetzt durch die neue Tributbank in Basel. Sie ist nicht nur Erbin der gefährlichsten Befugnisse der Reparationskommission und der Dawesinstanzen, sondern wird auch als Geldgeberin für Deutschland und für die Reichsbank eine ungeheure wirtschaftliche und politische Machtstellung gegenüber dem Reich gewinnen.

Es ist nur eine Frage von Zeit und Form, wie die Tributkrise hereinbricht.

Nach dem Dawesplan war die deutsche Regierung berechtigt, eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen zu verlangen, wenn die Kaufkraft des Goldes gegenüber 1924 um mehr als 10% stieg. Dies ist jetzt eingetreten. D. h. die deutsche Regierung wäre jetzt nach dem Dawesplan berechtigt, die Senkung der Tribute um 10% zu verlangen.

Nach dem Youngplan ist dies Recht weggefallen. Damit ist eine ständige Erhöhung der deutschen Tributlast sehr wahrscheinlich geworden. Denn je höher die Kaufkraft des Goldes steigt, je mehr die Weltmarktpreise sinken, desto mehr Waren muß Deutschland für Tributzwede aufbringen, um den Goldbetrag der jährlichen Tributrate zu erreichen. Wenn die Kaufkraft des Goldes sich z. B. verdoppeln sollte, so wäre das der Sache nach eine Verdoppelung der deutschen Tributlast. Berücksichtigt man den Wegfall dieses deutschen Rechts auf Tributsenkung, so ergibt sich, daß die deutsche Youngtributrate von 2,3 Milliarden Mark im Jahr auf 36 Jahre kaum geringer ist als die Dawesrate von 2,5 Milliarden im Jahr + Zuschlag nach dem Wohlstandsindex.

Also spricht Oldenburger Januschau

Der alte Kämpfe Oldenburg ist Spitzenkandidat in Ostpreußen, dieser durch die polenfreundliche Politik des Zentrums am meisten gefährdete Provinz Deutschlands.

Der Wahlkampf vollzieht sich diesmal ganz wieder im Zeichen allgemeiner Vernebelung. Ich lehne es ab, Deckung zu nehmen hinter dem Feldmarschall von Hindenburg. Ich verehere ihn zu sehr und er steht für mich zu hoch, um ihn in den Kampf der Parteien herabzuziehen. Daher gibt es für mich keinen Hindenburgblock, sondern es gibt für mich nur Minister, die ich bekämpfe oder die ich unterstütze, je nach der politischen Situation, wie ich auch oft gefochten habe gegen die Minister des Kaisers, ohne das Empfinden zu haben, dadurch die Treue zu verletzen, die ich meinem König geschworen hatte, auch dann nicht, wenn die zur Abstimmung stehenden Gesetze durch eine Thronrede besonders gekennzeichnet waren.

Wenn die Zeit nicht so ernst wäre, würde der Wahlkampf für mich einer gewissen Komik nicht entbehren. Daß der Minister Schiele in Ostpreußen die Landvolkliste führt, während ich das für die Deutschnationalen tue, obwohl ich Ehrenvorsitzender des Ostpreussischen Landwirtschaftsverbandes bin, würde irgend eine Rechtfertigung bei der Ähnlichkeit der Ziele nicht finden, wenn ich nicht den Wunsch hätte, auch das in die Wirklichkeit zu versetzen, was bei dem Herrn Minister auf dem Papier bleibt. Der polnische Handelsvertrag läßt sich mit der Ostpreußenhilfe nicht vereinen, der finnische nicht mit der Notwendigkeit, die Molkerei-Produkte zu schützen. Das Doppelspiel des Zentrums im Reich und in Preußen sabotiert überhaupt alle Hilfe, und die Zollerhöhungen nützen nichts, wenn immer durch die Meißbegünstigung ein Loch in die Paule geschlagen wird. Wenn aber meine alten Freunde, die bis vor kurzem politische Glaubensgenossen waren, den Herrn Reichskanzler in dem Bestreben unterstützen, die Demokratie und den Parlamentarismus zu retten, so kann ich nur sagen: „Einer allein kann das gar nicht glauben“. Dem Dr. Hugenberg wird von seinen Gegnern in und außerhalb der Regierung vorgeworfen, daß er im Verein mit der Sozialdemokratie den Reichstag gesprengt hat, während der Reichskanzler und die Minister es unterließen, den Hugenbergschen Vorschlag anzunehmen, die Frage der Gültigkeit des Artikel 48 bis Ende September zu vertagen. Wenn Geheimrat Hugenberg verlangt, daß das Zentrum die perverse Politik des doppelten Bodens aufgibt und auch in Preußen ohne Sozialdemokratie regiert, so wird das nicht erreicht, obwohl Millionen in dieser Frage auf Seite der Deutschnationalen stehen. So kommt es, daß Sozialdemokratie und Preußenkasse die erhofften Besserungen in dem gesamteten Osten verhindern.

Nun lehnen die Volkskonservativen sich dagegen auf, daß sie als Mittelpartei angesehen werden und behaupten, die von Gott gewollte Rechtspartei zu sein. Das kann ich

nicht zugeben. Sie verbinden sich in Ostpreußen mit der Volkspartei und der Wirtschaftspartei, in Baden verbindet sich die Volkspartei mit der Staatspartei, an anderer Stelle lehnt die Staatspartei eine solche Bindung ab wegen ihrer Verbundenheit mit dem Reichsbanner. — Wie eine solche allgemeine Schiebung Bestand haben soll, wenn der Sturm bläst, ist mir unverständlich.

Ich mache keine Kompromisse, die bei der Staatspartei und der Sozialdemokratie enden und ich sehe den Marxismus als einen Feind an, mit dem ich nur kämpfen, aber niemals mich verständigen kann.

Der nächste Reichstag wird entschieden beeinflusst von den Nationalsozialisten. In jeder großen Bewegung kommen Uebertreibungen vor. Aber, wie man die Sozialdemokratie für regierungsfähig halten kann und die Nationalsozialisten nicht, das ist mir unklar. Die ersteren sind international, die letzteren national. — Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von den Kommunisten in der Zerstörung des Privatbesitzes nur im Tempo. Wie die Nationalsozialisten sich dazu stellen, wollen wir abwarten. Ihr Agrarprogramm ist jedenfalls besser als das der Sozialdemokraten. Wenn die Nationalsozialisten im kommenden Reichstag an Stelle des Herrn Wirth einen Sonnenminister stellen wie den in Thüringen, so werde ich das aufrichtig begrüßen.

Alles in allem ist der Wahlkampf diesmal anders als sonst, und ich führe ihn ohne Erbitterung in der Ueberzeugung, daß die Ereignisse viele alte Freunde aus der Mitte wieder nach rechts ziehen werden. Hätte die Deutschnationale Volkspartei 730 Millionen neue Steuern bewilligt, mit denen sie nicht einverstanden war, und die Verantwortung einem Kabinett gegenüber übernommen, dessen Mitglieder eine Majorität nicht hinter sich haben und auch nicht berechtigt sind, ihren bisherigen Leistungen nach, in Zukunft eine Gesundung unseres Vaterlandes zu gewährleisten, so wäre jetzt keine Stelle mehr gegeben, an die man sich anlehnen kann, wenn die Mitte versagt. Das Kommando könnte nicht mehr ertönen: Augen rechts, der Feind steht links! Der Endkampf wird ausgefochten zwischen rechts und links, nicht von der Mitte. Nicht die Deutschnationalen treiben Katastrophenpolitik, sondern diejenigen, die mit dauernden Steuererhöhungen Deutschland blutleer machen.

Stresemann hat recht.

Dr. Stresemann, der nachmalige Führer der deutschen Erfüllungspolitik, urteilte am 27. Mai 1920 folgendermaßen über das in Deutschland herrschende System:

„Heute haben wir in Deutschland das parlamentarisch-sozialistische System. Es ist ein Räubersystem der gefährlichsten Art; ohne Befreiung von diesem System kommen wir nicht zur Rettung unseres Volkes. Deshalb heißt die einzige Rettungsmöglichkeit für unser Volk: Los von Versailles und los vom Marxismus und seinem System der Volksverelendung!“

Als er so sprach, hatte Stresemann recht!

General von Gallwitz schreibt:

General von Gallwitz, der hervorragende Heerführer, Ehrenbürger von Freiburg, Mitglied der deutschnationalen Partei, ein gläubiger Katholik, aber Gegner des Zentrums, schreibt:

..... Hugenberg und Oberfohren haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Arbeit angeboten. Aber der verlangte und nach unserer Gesamtlage notwendige, ja unumgängliche Preis der

klaren Loslösung des Zentrums aus der sozialistischen Verstrickung

wurde abgelehnt. Ueber eine klare nationale Einstellung ging dem Zentrum das Beibehalten der beherrschenden Schauelfstellung im Reich und in Preußen.

Hugenberg hat demgegenüber zielbewußt, folgerichtig, klar gehandelt.

Die Sezession aus der Deutschnationalen Volkspartei halte ich für beklagenswert. Allerdings gewinnt die Partei als getreuer Eckart des national-aktiven und staatserbaltenden Gedankens an innerer Geschlossenheit. Die Neubildungen der Mitte werden für sich keine parlamentarische Mehrheit erzielen, sie werden weiter mit der Linken paktieren und damit das Gegenteil ihres theoretischen Willens erreichen. Für besonders schwierig und unfruchtbar sehe ich die Rolle der neuen „Konservativen Volkspartei“ an, die zutreffend wohl als wiederaufgelebte „Freikonservative Partei“ anzusprechen wäre. Sie wird zunächst dazu dienen, die Zentrumspolitik zu stützen und eine Art geistigen Anhängels der Deutschen Volkspartei werden. Die wirklich konservativen Persönlichkeiten in ihr werden allmählich

den Weg nach rechts zurückfinden müssen.

Wer in Halbheiten und Kompromissen nur eine Spielart politischer Arbeit in ruhiger ausgleichender Zeit sieht, für die Bewältigung schwierigster Lagen — unser Volk ist in solcher — aber klares Ziel und entschiedene Durchführung für nötig hält,

der bleibe Deutschnational!

Freiburg i. Br., 26. August 1930.

von Gallwitz,
General der Artillerie a. D.

Denkst Du daran? Deutscher Bauer!

Denkst du daran,

daß der Versailler Schandfrieden nur durch den Umsturz möglich geworden ist, und daß alle Not und alles Elend in Deutschland hiervon herrührt?

Denkst du daran,

daß vor allen anderen Volksteilen die deutsche Landwirtschaft den Buckel und den Beutel hat herhalten müssen, um die Zeche für die Wahnsinnstat vom November 1918 zu zahlen, daß die ins Uferlose getriebene Erfüllungspolitik der Nutznießer der Revolution den Bauer vollends ausgeplündert hat?

Denkst du daran,

daß einzig und allein der zähe, unermüdbliche Kampf der Deutschnationalen Volkspartei dich und deine Berufsgenossen aus den drückenden Fesseln der marxistischen Zwangswirtschaft befreit hat?

Denkst du daran,

daß dieselbe Partei es war, die seit ihrem Bestehen alle Forderungen der Landwirtschaft, gleichviel ob auf wirtschaftlichem, steuerlichem oder kulturellem Gebiet, in vollem Umfange mit äußerster Entschiedenheit verfochten hat?

Denkst du daran,

daß somit die vom Zentrum und seinen Verbündeten (auf der Rechten wie auf der Linken) systematisch betriebene Zerschlagung der Deutschnationalen Volkspartei dich und deinen Berufsstand ihrer sichersten Stütze im Reichstag und in den Länderparlamenten berauben will?

Denkst du daran,

daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in Deutschland nur mehr 23 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, und daß die Landwirtschaft demnach zur Durchsetzung und Behauptung ihres Lebensrechts stärkster und nachhaltigster Unterstützung aus anderen nationalen Volkstreffen bedarf?

Denkst du daran,

daß es infolgedessen grundverkehrt ist, eine rein berufständisch zusammengesetzte Bauernpartei aufzuziehen und so die Trennung von Stadt und Land herbeizuführen?

Denkst du daran,

daß gesunde, wirkungssichere Agrarpolitik sich nur auf der Grundlage einheitlichen nationalwirtschaftlichen Zusammenarbeitens aller schaffenden Stände treiben läßt, aber nicht abgelöst von einer allumfassenden deutschen Gesundungspolitik?

Denkst du daran,

daß diese heißersehnte Wiedergesundung Deutschlands durch die unverantwortliche Zersplitterung der nationalen Opposition aufs schwerste gefährdet ist, daß die hierzu erforderliche Niederringung des Marxismus unmöglich wird, wenn die eigenbrötlerische Disziplinlosigkeit ehrgeiziger Führer auf der Rechten sich in der Bildung immer neuer Splitterparteien gefällt?

Denkst du daran,

daß dieselben verblendeten „Führer“ sich nicht scheuen, im gegenwärtigen Wahlkampf Schulter an Schulter mit den Parteien der Mitte zu fechten, die mitschuldig sind an der Tributverflavung des deutschen Volkes durch den Youngplan, den die Deutschnationale Volkspartei unter Hugenberg's Führung in der nationalen Einheitsfront des Reichsausschusses für das Freiheitsgesetz bis aufs Messer bekämpft hat?

Denkst du daran?? —

Betrogene Knechte des Zentrums!

Als die Erfüllungspolitik im Laufe des Jahres 1930 bankrott wurde, bekamen es die Youngparteien mit der Angst zu tun und suchten ihren offenbaren Volksbetrug zu vernebeln. Die Demokraten nahmen einen andern Namen an, die Volksparteiler verbanden sich mit ihnen, die Sozialdemokraten drückten sich aus der Regierung weg und das Zentrum, als Hauptschuldiger an der Katastrophe, suchte Helfershelfer und Genossen seiner Schmach.

Es lockte die Bauern, deren Not infolge der Erfüllungspolitik zum Himmel schreit, mit Geldversprechungen, Unterstützungen und Ostmarkenhilfe. Da ging Schiele auf den Leim und erzielte: Nichts! Das Zentrum suchte und fand Judasse in der deutschnationalen Fraktion, ehrgeizige eitle Streber, welche, während sie scheinbar zu Hugenberg hielten, ihn verrieten, verleumdeten und infam betrogen. Der Hauptagent des schwarzen Kanzlers, Treviranus, wurde für seine Tat mit einem Ministerium belohnt.

Volkskonservative nennen sich diese Hilfsstruppen des Zentrums, schänden so das redliche Wort „konservativ“ und konservieren nichts, als die doppelzüngige Herrschaft des Zentrums.

Nicht genug damit, spannen sich auch evangelische Christen als Splitterpartei vor den schwarzen Karren. „Volksdienst“ nennen die guten Deutschen ihre politische Sekte, ziehen das edle Wort „evangelisch“ in die politische Dreiecklinie und dienen als ahnungslose Lämmlein demselben Zentrum, das gegen alles Evangelische mit Hilfe der Marxisten einen hinterhältigen perfiden Kulturkampf führt und praktisch und faktisch den Evangelischen die Gleichberechtigung verweigert. Siehe: Konkordat in Preußen, siehe Dotation in Baden!!!

Diese Splitterparteien sind Anhängsel des Zentrums!

Wer Landbund wählt, der wählt Zentrum!

Wer Volkskonservativ wählt, der wählt Zentrum!

Wer evangelischen Volksdienst wählt, dient dem Zentrum!

Wer das Zentrum bekämpfen will, er sei Katholik oder Protestant, der wählt Deutschnational!

Liste 2.

Was wollen die Deutschnationalen?

1. Die Bildung einer nationalen Regierung ohne die Marxisten, welche Deutschlands Niederlage im Kriege wünschten und jetzt Reich und Volk kalt bolschewisieren.

2. Kampf gegen den Youngplan, welcher die deutsche Wirtschaft ruiniert und die breite Masse des Volkes arbeitslos und elend macht.

3. Grundsätzliche völlige Abkehr von der bisher betriebenen sozialistischen Wirtschaftspolitik; Aufbau einer unabhängigen wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Landwirtschaft; Abwälzung der Youngtribute auf die ausländische Rohstoffeinfuhr.

4. Wichtiger als alle Wirtschaft ist die Seele der Menschen und ihre Gesunderhaltung: also Kampf dem Kulturbolschewismus!

5. Kampf dem doppelten Spiel des Zentrums! Diese Partei muß sich entscheiden, ob sie im Bunde mit der Sozialdemokratie Deutschland völlig zu Grunde richten oder Deutschland mit der nationalen Rechten zusammen retten will!

Kampf den bürgerlichen Ueberläufern und den Helfershelfern der kalten Sozialisierung!

6. Wer das will, der wählt Liste 2. Für diese Wahl gilt die schicksalhafte Mahnung: Macht mir den rechten Flügel stark!

Was fordert der Tag von uns?

Entscheidung im Wahlkampf!

Wen wählen wir? Den

Deutschnationalen Hanemann!

Liste 2!

Der Kulturbolschewismus der Sozialdemokratie und seiner Helfershelfer

Von Annagrete Lehmann, M. d. R.

Die Kultur eines jeden Volkes bedarf zweier tiefgreifender Wurzeln, der religiösen und völkischen, um sich entwickeln und zu eigener Bedeutung gelangen zu können. Nicht immer brauchen beide Wurzeln gleich mächtig zu sein, immer aber muß ihre Kraft zusammenströmen, um Wachstum und Fülle zu erzeugen. An diese Lebenswurzeln unserer Kultur hat die Sozialdemokratie die Art gelegt und ihnen in dem Jahrzehnt ihrer Vorherrschaft so schwere Wunden beigebracht, daß wir, wenn nicht energisch Einhalt geschieht und pflegliche Heilung herbeigeführt wird, dem sicheren Untergang als Kulturvolk, und damit als Volk überhaupt, in nicht allzulanger Zeit entgegengehen. Was in der „Reformierung“ von Erziehung und Unterricht, in der „Modernisierung“ der Auffassung von Ehe und Familie seit dem Umsturz nicht nur in der Theorie gelehrt, sondern auch bereits in die Tat umgesetzt wurde, wie Gesetzgebung, Verwaltung, Presse, Theater diesen Zwecken dienstbar gemacht worden sind — das wäre von niemandem in den Unruhejahren 1918—1920 auch nur annähernd für möglich gehalten worden. Wer mit den Streiks und Straßentämpfen jener Zeit die Revolution erlebte glaubt, hat sich gründlich geirrt; die Linke ist in stiller und darum umso gefährlicherer Weise weitergegangen und hat bei ihrem zielbewußten Vorgehen vielfach durch geschickten parteipolitischen Kuhhandel bürgerliche Parteien vor ihren Wagen zu spannen gewußt. Ohne eine solche Hilfe wäre es ihr nimmermehr geglückt, in ihrem Kampf gegen Christentum und nationalbewußtes Volkstum so voranzukommen, wie es in der Tat der Fall ist. Ein Blick auf die Leidensgeschichte unserer christlichen und deutschen Schule zeigt uns das mit aller Deutlichkeit.

Die revolutionären Erlasse des vielbelachten Kultusministers Adolf Hoffmann gegen die christliche und auf geschichtlicher Tradition aufgebaute nationale Erziehung waren symptomatisch für die wesentlichsten Ziele seiner Partei, die zwar aus taktischen Gründen die allzuheftigen Schläge des alten Feuerkopfes verurteilte, im Grunde aber mit ihm durchaus eins war. Wie wäre es sonst möglich, daß wir seit der Reichsschulkonferenz im Frühjahr 1920 vergeblich um ein Reichsschulgesetz, das das Bestehen der christlichen Schule sichert, ringen? Im Jahre 1928 glaubten wir uns nahe am Ziel; die Beratungen des Gesetzesentwurfes waren fast zu Ende geführt, da wurde diese entscheidende Arbeit der Verständigungspolitik Stresemanns zum Opfer gebracht. Die Volkspartei sprang plötzlich aus der Reihe, ungehindert durch das Zentrum, dem angeblich das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes ebenso am Herzen gelegen hatte wie uns Deutschnationalen, beglückwünscht von Demokraten und Sozialdemokraten, die befreit aufatmeten, daß sie ihre Experimente auf dem Gebiet der Schule, ungehindert durch allzu große konfessionelle Rücksichten, weitertreiben und die deutsche Jugend weiterhin ihrem überreligiösen und übernationalen Idealen zuführen konnten. In Preußen hat, neben Braunschweig und Thüringen, die Sozialdemokratie rücksichtslos von ihrer Macht Gebrauch gemacht, um alles, was hindernd im Wege stand, wegzuräumen. Bürgerliche Reichsregierungen waren demgegenüber ohnmächtig, und der demokratische Kultus-

minister Becker war das willfährige, allzu willfährige Werkzeug der Sozialdemokratie, allerdings um schließlich krafftesten Undant zu ernten, indem ihm rücksichtslos der Stuhl vor die Tür gesetzt und ein absolut zuverlässiger Genosse mit seinem Amt betraut wurde.

Wie war das alles möglich, da doch die Linke in Preußen nicht die Mehrheit hat? Nur dadurch, daß neben den natürlichen Bundesgenossen der S. P. D., den Demokraten (mit Ausnahme im Falle Becker selbstverständlich), das Zentrum sich als ihr zuverlässiger Helfer erwies. Diese sich stets als Vertreterin christlicher Interessen ausgebende Partei sah ihre kulturpolitische Aufgabe keineswegs in dem Schutz der christlichen deutschen Kultur, sondern begnügte sich mit der Wahrung zentrums-katholischer Belange, wozu namentlich eine ausreichende Zahl von Stellenbesetzungen im Kultusministerium und den ihm unterstellten Verwaltungen gehörte. Wie hätte es sonst die Ernennung eines Sozialdemokraten zum preußischen Kultusminister dulden dürfen? Ein ernster Protest von seiner Seite hätte genügt, um eine derartige Besetzung unmöglich zu machen. Es war ihm genug, seine Forderungen erfüllt zu sehen, mochten die evangelischen und nationalen Wünsche ungehört verhallen. Dem verstorbenen Zentrumsabgeordneten Wilbermann, den einer seiner Kollegen als ausgesprochene „irenische“ Natur pries, entschlüpfte einst das außerordentlich bezeichnende Wort: „Für uns sind Protestantismus und Sozialismus ganz gleich!“ In dieser Auffassung liegt der Schlüssel für das sonst so unbegreifliche Versagen des Zentrums bei der Aufgabe, eine große gemeinsame christliche Abwehrfront gegen die immer drohender sich aufreckenden christentumfeindlichen Mächte zu bilden. Hieraus allein läßt es sich erklären, daß im Reich, wo das Zentrum stets maßgeblich an der Regierung beteiligt war, ein Gesetz zur Sicherung der evangelischen wie neben der ohnehin gesicherten katholischen Schule nicht zustande kam. Als wir jetzt unter dem Kabinett Brüning die Durchberatung des deutschnationalen Reichsschulgesetzes forderten, wichen der Reichsinnenminister Wirth und seine Partei mit der Begründung aus, daß nicht die geeignete Zeit dafür sei. Nicht die geeignete Zeit? Wie lange will man denn eigentlich noch warten? Immer dreister und unverhüllter macht sich die bolschewistische Propaganda in unseren Schulen breit, immer zynischer entzieht sie die Jugend dem Einfluß der Eltern und reißt die Ehrfurcht mit Stumpf und Stiel aus den Kinderherzen. Um den ganzen Umfang der Gefahr zu erkennen, braucht es nur eines Blickes in die Schülerzeitschriften „Die Trommel“, „Der Blitz“, die „Junge Garde“ oder das „Proletarische Kind“. Die Führung von Kindern durch die IFA-Ausstellung (Internationale für Arbeiterkultur) des vergangenen Winters mit ihrer offensichtlichen Verhöhnung des Christentums und ihrer sowjetistischen Klassenverhetzung konnte ungehindert stattfinden. Sollte man an den verantwortungsvollen Stellen nichts davon gewußt haben, während Schüleraufsätze und Festreden von Lehrern, die auch nur die Andeutung einer nichtgewünschten Auffassung enthalten, sogleich bekannt werden und meist Anlaß zu feindlichen Untersuchungen geben?

Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum sehen in bolschewistischer Propaganda anscheinend keine Gefahr, während ihnen alles, was irgendwie einen schwarzweißroten Schimmer zeigt, sogleich als Staatsbedrohung erscheint. Wie muß die

deutsche Studentenschaft es büßen, daß sie ihren völkischen Grundsätzen Treue hält! Hier bleiben die genannten bürgerlichen Parteien in ihrer Gegnerschaft nicht im Geringsten hinter der Sozialdemokratie zurück. Auch sehen sie wohlgefällig zu, wenn Epitelerlasse wegen antirepublikanischer Gesinnung an die Schulen ergehen, wenn der neue preussische Kultusminister das Neutöllner „Kaiser Friedrich-Gymnasium“ in „Karl Marx-Schule“ umtauft, den altehrwürdigen Namen der „Albertina“ austreibt und verfügt, fortan nur noch von der „Königsberger Universität“ zu reden. Dies nur als Proben aus der Fülle der Beispiele.

Die bürgerliche Mitte hat in dem Kampf für unsere Kultur glatt versagt, sie hat dem Kulturbolschewismus der Sozialdemokratie nicht nur nicht entscheidend Einhalt getan, sondern hat ihn durch ihre Duldung vielfach geradezu gefördert. In dem Parteienwirrwarr dieser Wahlzeit kommt alles darauf an, das Grundsätzliche klar zu sehen und sich nicht durch Nebensächlichkeiten den Blick verwirren zu lassen. Wer für unser höchstes Gut, unsere Kultur in ihrer christlichen und völkisch-nationalen Prägung, rückhaltlos kämpfen will, kann nicht anders, als deutsch-national wählen.

Ein Arbeiter an Hugenberg

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Als einfacher Arbeiter drängt es mich, Ihnen in dieser Zeit, in der scheinbar alles gegen Sie ist, meine unwandelbare Treue hierdurch zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube dieses um so mehr tun zu müssen, da man Sie gerade uns Arbeitern als arbeiterfeindlich hinzustellen beliebt und leider auch ein großer Teil der Arbeiterschaft dieser Heze Glauben schenkt.

Da ich nun nahezu sechs Jahre aktives Mitglied der D.N.B.P. bin, habe ich als solches einen tieferen Einblick in das Wollen und Streben der Partei gewonnen. Besonders, seitdem Sie, sehr geehrter Herr Geheimrat, die Führung der Partei übernommen haben, habe ich feststellen müssen, daß dieselbe von nun an mit fester Hand, einem eigentlich für jeden Deutschen erstrebenswerten Ziele zugeführt wird: „Dem deutschen Volke seine verlorene Ehre wiederzugeben.“ Ist dieses erreicht, so erhält es die Stellung, die einem Volke, wie es das Deutsche ist, zukommt und früher innegehabt hat.

Tief bedauern muß ich es, habe auch als einfacher Mann kein Verständnis, wie Männer, auf die man geradezu mit großer Verehrung geschaut hat, in solch ernster Zeit fahnenflüchtig werden konnten. Es steigt in einem unwillkürlich die Mutmaßung auf, nicht Liebe zum Vaterland war und ist Leitmotiv ihres Handelns, sondern der materielle Egoismus war der Beweggrund. Die Hornesröte muß in jedem ehrlichen Menschen aufsteigen, der ein derartiges Verhalten von sogenannten Führern des Volkes erleben muß. Reden ständig von Autorität, und selbst können sie sich keiner Autorität fügen. Andererseits kann man es nur begrüßen, daß es endlich zu einer reinen Scheidung

gekommen ist. Glaube ich doch, daß die Partei nunmehr, von jeglicher Schlacke befreit, unter Ihrer bewährten Führung dazu berufen sein wird, Deutschlands Nasgeier zu vertreiben und unser liebes Vaterland zur wahren Freiheit führt. Das walte Gott.

Ihr ergebener

gez. Friedrich Zimmermann

Mitglied der D.N.B.P., Ortsgruppe Berlin-Tegele.

Worüber sollen die Wahlen entscheiden?

Lun wir einmal einen Blick durch das Fernrohr der französischen Presse auf uns selbst. „Das Capital“ in Paris vom 31. Juli 1930 sagt:

„Die Sozialisten sind es, die den Young-Plan zur Ratifikation gebracht haben; sie sind die eigentliche Erfüllungspartei. Aber sie lehnen die Steuern ab, welche nötig sind, um den Plan zur Ausführung zu bringen.

Hugenberg hat einen Feldzug gegen die Ratifikation gemacht. Es liegt nur in der Linie seiner Logik, wenn er die Opfer ablehnt, die der deutsche Steuerzahler bringen soll, um die Gläubigerstaaten zu befriedigen.

Dazwischen steht als einziger loyaler Erfüllungspolitiker: Der Reichskanzler Brüning an der Spitze der Parteien der Mitte. Um den deutschen Steuerzahler zu den Opfern der Erfüllung zu zwingen, spannt er die Autorität des Reichspräsidenten an und räumt die parlamentarischen Widerstände mit der Kraft des Artikels 48 aus dem Wege.

Wir stehen vor folgender peinlicher Alternative: entweder wir haben ein Deutschland, welches dauernd einer ungeheuerlichen sozialistischen Demagogie verfallen ist, welches ein Interessenhaufen ist und zu keinen gesunden Finanzen kommt — oder Deutschland wird ein Staat mit ordentlichen Finanzen, ist stark und diszipliniert — wird aber dann nur mit größter Ungebuld die Folgen der Niederlage weiterhin auf sich nehmen.“ —

Da siehst du, deutscher Wähler, worauf es in dieser Wahl ankommt, und worüber du dich entscheiden sollst:

Entweder sozialistische Erfüllungspolitik und Unterwerfungspolitik, wobei das Finanzchaos immer größer wird, oder wirkliche Sanierung des Reiches, aber ohne Erfüllung. Dazwischen ist für die Politik der goldenen Mitte, welche Erfüllung und Sanierung zugleich will, kein Platz mehr.

Nur die Deutschnationale Volkspartei unter Hugenberg's Führung kann uns Freiheit, Arbeit und Brot bringen!

Merkworte für die Wahl

Die „Große Koalition“ ist nichts anderes als Unterwerfung unter die Sozialdemokratie. Sie droht, wenn das Bürgertum die Mitte statt die Rechte wählt.

Ein darniederliegendes Volk, wie das deutsche, darf sich eine charakterlose Politik nach außen wie nach innen nicht leisten.

Gegen Hindenburg wenden wir uns natürlich nicht. Wir wenden uns aber gegen den Mißbrauch seines Namens und seiner Person durch die anderen.

Zahlen sehen Dich an!

Eine wie leichtsinnige Ausgabenwirtschaft Reichstag und Reichsregierung betrieben haben und welche schweren wirtschaftlichen Folgen dieser Leichtsin in dem Augenblick zeitigen mußte, wo die ausländische Kreditzufuhr versiegte und infolgedessen die Ausbringungskrise des Youngplans sofort mit aller Schärfe einsetzte, dafür folgende Zahlenbeweise:

1. Reichshaushaltsausgaben:

1913	2877 Millionen Mark
1925	7205 Millionen Mark
1929	11579 Millionen Mark
1930	rund 13000 Millionen Mark

2. Kassenlage des Reiches:

31. 3. 1925	Bestand 1010 Millionen Mark
31. 3. 1930	Fehlbetrag 1741 Millionen Mark

3. Auslandsverschuldung Deutschlands:

1925	rund 7500 Millionen Mark
1930	rund 17500 Millionen Mark

4. Reichsschuld:

31. 3. 1925	2818 Millionen Mark
31. 12. 1929	9351 Millionen Mark
30. 6. 1930	11146,2 Millionen Mark

5. Ausgaben für soziale Versicherungen:

1925	3172 Millionen Mark
1929	6691 Millionen Mark

6. Geldbedarf der öffentlichen Hand:

1925	17100 Millionen Mark
1929	rund 23000 Millionen Mark

Dagegen:

7. Konkurse und Vergleichsverfahren im Monatsdurchschnitt:

1927	590
1929	1228
1930 (bis Mai)	1712

8. Arbeitslosigkeit im Monatsdurchschnitt einschl. Familienzuschlagsempfänger:

1925	970 000
1927	2 205 000
1930	4 495 000 (Januar bis Juni)

Weiter:

9. a) Mit Annahme des Youngplans wurden versprochen von den Parteien der Linken und Mitte und deren Ministern:

jährliche Steuererhöhungen von 700 Millionen Mark

b) statt dessen: neue Steuererhöhung und zwar:

1. Steuerwelle im Januar rund 500 Millionen Mark
2. Steuerwelle im April rund 750 Millionen Mark
3. Steuerwelle im Juli rund 620 Millionen Mark
4. Steuerwelle im Herbst Höhe noch unbekannt

10. Die Wirtschaftspolitiker Dr. Bang u. Dr. Quaaß berechnen das Gesamtdefizit für das laufende Jahr allein im Reich auf rund 4 Milliarden Mark, und zwar:

Mindereinnahmen an Steuern	1 500 Mill. Mark
Fehlbetrag bei Arbeitslosenversicherung	1 500 Mill. Mark
Fehlbetrag bei der Reichsbahn	500 Mill. Mark
Fehlbetrag bei den Gemeinden	300 Mill. Mark

Hierbei ist eine Erwerbslosenziffer von nicht mehr als 2,1 Millionen angenommen; ferner ist der Fehlbetrag von 1 654 Millionen Mark aus 1929 nicht eingesezt.

Diese Zahlen, die keine Wahlrede zudecken kann, erheben Anklage gegen das System und gegen die Politik der Mitte, die mit der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für die planlose Verschwendungssucht und für die angerichteten Verwüstungen trägt. Immer wieder haben die Deutschnationalen und vor allem ihr Führer Hugenberg gewarnt. Dafür hat man ihnen den Vorwurf des „wirtschaftlichen Landesverrats“ gemacht und sie als „Auführer“ beschimpft.

Heute erkennt das Deutsche Volk, wohin es durch die illusionistische Erfüllungspolitik und durch den leichtsinnigen Wirtschaftsoptimismus der Mittelparteien geführt wurde.

Am 14. September möge sich jeder Wähler obige Zahlen vor Augen halten. Dann kann die Entscheidung nur lauten:

Gegen die schuldhafte Sozialdemokratie!

Gegen die alten und neuen Mittelparteien!

Für die Deutschnationalen! Liste 2!

Verlag: Der Markgräfler. Für die Schriftleitung verantwortlich: Fritz Heinz Auer Lörrach. Geschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Lörrach, Badlerstraße 6, „Hansjahnhaus“, Postfach 188, Fernsprecher 2344. Druck der Wiesentäler Handelsdruckerei Carl W. Auer Lörrach. Postcheckkonto: Karlsruhe No. 41658 „Der Markgräfler“.